NR. 75 25.05.2010

www.laender-analysen.de/ukraine

GESCHICHTS- UND IDENTITÄTSPOLITIK

■ ANALYSE
Volle Fahrt zurück!
Richtungswechsel in der Geschichts- und Identitätspolitik 2
Von Ingmar Bredies, Regensburg

■ UMFRAGEN ZUM TEXT
Umgang mit der Geschichte und regionale Spannungen 6

■ CHRONIK
Vom 12. bis zum 25. Mai 2010 11

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Analyse

Volle Fahrt zurück!
Richtungswechsel in der Geschichts- und Identitätspolitik

Von Ingmar Bredies, Regensburg

Zusammenfassung

In der Ukraine konkurrieren zwei gegensätzliche Konzeptionen der Geschichts- und Identitätspolitik. Seit dem Amtsantritt Präsident Janukowitschs im Februar 2010 ist eine klare Abwendung von den Grundlagen und Bezugspunkten der Politik seines Amtsvorgängers Juschtschenko zu erkennen, was unmittelbare Konsequenzen für die Politikgestaltung in vielen Bereichen hat. Die bisherigen Deutungsmuster der ukrainischen Geschichte sowie der staatlich »verordnete« Nationalismus werden nun abgelöst durch ein Wiederaufleben des »autoritären Eklektizismus« (Wilfried Jilge) der Kutschma-Periode und die Vermischung von Elementen der sowjetischen Historiografie mit nationalukrainischen Elementen.

Einleitung

Die überaus vielschichtigen regionalen Unterschiede innerhalb der Ukraine werden häufig auf einen »proeuropäischen« Westen und einen »prorussischen« Ostteil des Landes reduziert. Die innere Fragmentierung des Landes wird dabei häufig für die Schwäche staatlicher Institutionen und die politische Krisenanfälligkeit des Landes verantwortlich gemacht.

Mit den Präsidentschaftswahlen 2004 und der Orangen Revolution konnten die vermeintlich »prowestlichen« Kräfte erstmals die Regierungsgeschäfte übernehmen. Der damalige Wahlsieger Viktor Juschtschenko und sein Herausforderer Viktor Janukowitsch personifizierten geradezu perfekt die innerukrainischen regionalen Gegensätze: Auf der einen Seite die ukrainischsprachige, agrarisch und vorwiegend griechisch-katholisch geprägte, patriotische, progressive und demokratische Westukraine – trotz der Herkunft Juschtschenkos aus der Region Sumy im Osten des Landes; auf der anderen die russischsprachige, industrialisierte, orthodox dominierte, nationalnihilistische, sowjetnostalgische und autoritäre Ostukraine. Damit korrelieren zwei konkurrierende nationale Identitäten, die mitunter als »ethnisch-ukrainisch« und »ostslawisch« gekennzeichnet werden. Vor dem Hintergrund dieser konträren nationalen Entwicklungspfade ergeben sich ebenso gegensätzliche Konzeptionen der ukrainischen Geschichts- und Identitätspolitik.

Seit dem Amtsantritt Viktor Janukowitschs im Februar 2010 bedingte die Abkehr von der Geschichts- und Identitätspolitik des Amtsvorgängers Viktor Juschtschenko sehr rasch einige für das Land politisch nachhaltige Entscheidungen und Prozesse.

Neuausrichtung unter Juschtschenko

Präsident Viktor Juschtschenko hat von Beginn seiner Amtszeit an besonders großen Wert auf die Neuausrichtung der Grundlagen und des Selbstverständnisses der ukrainischen Nation und ihrer nationalen Identität gelegt. Geschichts- und Identitätspolitik sowie die damit verbundene Kultivierung einer bestimmten Erinnerungskultur bildeten hierbei zentrale Elemente eines staatlich »verordneten« Nationalismus, auf den der Präsident maßgeblich Einfluss nahm. Dieser ist in engem Zusammenhang mit einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung seit der Orangen Revolution zu sehen, wobei der Neubestimmung von Orientierungs- und Anknüpfungspunkten der ukrainischen Nation eine herausragende Bedeutung zukam. Bisher gängige Deutungsmuster sollten sich dabei völlig umkehren. Es zeichnete sich der Trend ab, dass man der falschen, sowjetideologisch geprägten Geschichtsschreibung nun eine »wahrhaftige« Nationalgeschichte gegenüberstellte. Die sowjetische Historiografie wird dabei als ahistorisch und künstlich charakterisiert, während nun die gerechte und wahrheitsgemäße Neubewertung von historischen Prozessen, Ereignissen und Personen erfolgen würde.

Das bei aller Ambivalenz seiner Amtsperiode zentrale Verdienst Viktor Juschtschenkos besteht darin, dass er die Etappen ukrainischer Nationenbildung als linearen Prozess freiheitlich-liberaler, (proto)demokratischer Erfahrungswerte darstellte. Ob diese Deutung im Einzelfall einer kritischen Hinterfragung standhält, soll in diesem Beitrag nicht diskutiert werden. Grundlegend scheint hierbei der Gedanke zu sein, dass sich eine politische und gesellschaftliche Demokratisierung nur insofern vollziehen kann, wie ein Staat seine (konstruierte) Entstehung, Legitimationsgrundlage und Daseinsberechtigung aus diesem Demokratiegedanken selbst bezieht. Für die Ukraine folgte hieraus nach der Orangen Revolution eine besonders konsequente Dekonstruktion von Deutungsmustern der totalitären Sowjetperiode.

Bedeutung von Geschichts- und Identitätspolitik

Doch warum ist diesen Aspekten vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklung des Landes erhöhte Aufmerksamkeit entgegenzubringen? Die Grundlagen der Geschichts- und Identitätspolitik wirken sich maßgeblich auf das Beziehungsgeflecht zwischen Regierenden und Regierten, die Staatsauffassung und Staatsziele sowie die grundlegenden Ordnungsprinzipien sozialer, politischer und ökonomischer Beziehungen aus. Nicht zuletzt korreliert hiermit die Vereinbarkeit mit den Prinzipien des Rechts- und Verfassungsstaats. Daraus ergibt sich also gerade für junge, ungefestigte Nationalstaaten und Demokratien ein immens wichtiger Gegenwartsbezug staatlicher Geschichts- und Identitätspolitik.

Auch wenn der vermeintlich proeuropäische Kurs Viktor Juschtschenkos und der Regierungen des orangen Lagers in der jüngsten Vergangenheit klare Grenzen hatte und sich häufig in rein deklaratorischen Willensbekundungen erschöpfte, so sind die nach der Wahl Viktor Janukowitschs zum neuen Präsidenten einsetzende Vollrevision in der Geschichts- und Identitätspolitik und deren politische Implikationen unübersehbar. Somit werden auch die demokratischen Errungenschaften seit der Orangen Revolution – darunter auch dieses Ereignis selbst sowie dessen Ursachen und Ziele – in einem beeindruckenden Tempo delegitimiert.

Verirrungen der Politik Juschtschenkos

Die geschichts- und identitätspolitische Kehrtwende nach der Wahl Viktor Janukowitschs ist nicht zuletzt auch auf einige Verfehlungen und Misserfolge seines Amtsvorgängers zurückzuführen. Dessen »verordneter« Nationalismus sowie dessen Geschichts- und Identitätspolitik haben weder die internen, innenpolitischen Differenzen um die nationale Identität der Ukrainer beilegen noch das Land durch einen tatsächlich proeuropäischen politischen Kurs nachhaltig an die Europäische Union heranführen können. »Verordnet« war dieser Nationalismus insofern, als durch einen staatlich gelenkten, maßgeblich vom Präsidenten gestalteten Kurs die Vereinheitlichung einer gesamtukrainisch relevanten, einheitlichen nationalen Identität begünstigt werden sollte. Viktor Juschtschenko zeigte sich allerdings zunehmend von einem unnahbaren Messianismus und nationalem Dogmatismus geleitet, als deren Folge eine Konsensuntauglichkeit und generelle Realitätsentrücktheit offenbar wurden, die die politische Autorität des scheidenden Präsidenten spürbar beeinträchtigten. Hieraus ergaben sich demnach auch einige deutliche Unvereinbarkeiten mit den Demokratisierungsprozessen des Landes, die Viktor Juschtschenko mit fortschreitender Amtszeit von der Bevölkerung und seiner ursprünglichen politischen Basis entfremdeten.

Dies betrifft in erster Linie die Politikformulierung und -implementierung im Bereich der Geschichts- und Identitätspolitik sowie einige umstrittene Entscheidungen und Maßnahmen ihrer Popularisierung, die der Praxis sowjetischer Geschichtspropaganda sehr nahekommen. Trotz der spürbaren gesellschaftlichen Öffnung waren Aspekte der Geschichts- und Identitätspolitik auch nach der Orangen Revolution durch Politisierung, Instrumentalisierung, Selektivität und einen »absoluten Wahrheitsanspruch« gekennzeichnet.

Die Zentralisierung des Deutungsmonopols der Exekutive mit einer herausragenden Stellung des Präsidenten hatte vor allem auch eine institutionelle Dimension. Als zentraler Sinnproduzent fungierte so das 2005 eingerichtete und der Präsidialadministration unterstellte Ukrainische Institut des Nationalen Gedenkens mit der Aufgabe der Wiederherstellung und Sicherung eines »wahren« Geschichtsbildes. Zudem wurde eine innerhalb der Strukturen des Ukrainischen Geheimdienstes (SBU) angesiedelte Historiker-Arbeitsgruppe seit 2007 mit der Vergangenheitsbewältigung auf Grundlage freigegebener Archivmaterialien beauftragt. Eine derartige institutionelle Angliederung lässt hier einen gewissen Zielkonflikt vermuten. Zudem oblag es dem Geheimdienst ebenfalls, eine angemessene Verbreitung der geschichtspolitischen Vorgaben der Präsidialadministration – vor allem in Bezug auf die Anerkennung der Hungersnot von 1932–33 (Holodomor) als Genozid und der Rehabilitierung der Aktivitäten der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) sowie der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) – zu gewährleisten, wobei sich hier die Frage stellt, ob und wie konkurrierende Erinnerungskulturen und Geschichtsauffassungen sanktioniert worden sind.

Auch symbolisch ergeben sich einige Parallelen zur Sowjetperiode, worauf ein reges Auszeichnungswesen hinweist. Sind durch diese Aspekte des »verordneten« Nationalismus Juschtschenkos auch vermehrt Reibungspunkte und erhebliche Differenzen im internationalen Umfeld entstanden – beispielsweise mit Polen, der Russischen Föderation, Israel oder dem Europarat – so soll hier auf die im Gefolge des Regierungswechsels nach den Präsidentschaftswahlen 2010 besonders offenbar gewordenen innerukrainischen Gegensätze in der Geschichts- und Identitätspolitik sowie deren politische Implikationen hingewiesen werden.

Geschichtspolitische Kehrtwende und politische Implikationen

Welche Akzentverschiebungen zeichnen sich in der Geschichts- und Identitätspolitik ab und wie wirkt sich dies auf konkrete Politikfelder aus? Zunächst ist augenfällig, dass den Präsidentschaftswahlen 2010 nicht jene »Schicksalhaftigkeit« beigemessen worden ist, wie den vorherigen Wahlen. Sicherlich ließ sich auch 2010 erneut eine für die Ukraine typische Wahlgeographie mit regionalen Hochburgen für die jeweiligen Spitzenkandidaten ausmachen. Dennoch war das Duell zwischen Viktor Janukowitsch und Julia Timoschenko gerade auch vor dem Hintergrund der Geschichts- und Identitätspolitik von weniger starken Gegensätzen geprägt als noch 2004.

Holodomor

Nach der Wahl Janukowitschs wurden erhebliche Korrekturen bei der Bewertung der politisch motivierten Hungersnot der Jahre 1932–33 vorgenommen. Die Bezeichnung des Holodomor als Genozid an der ukrainischen Nation wurde bereits 2003 durch das Parlament vollzogen. Viktor Juschtschenko bemühte sich darüber hinaus um die internationale Anerkennung sowie die Popularisierung einer entsprechenden Erinnerungskultur. Einem maßgeblich von Juschtschenko 2006 initiierten Gesetzentwurf zufolge hätte eine Leugnung des Holodomor mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren belangt werden können. In der Ukraine wird die Genozid-These inzwischen durchaus von großen Bevölkerungsteilen geteilt, während international jedoch dazu tendiert wird, die Hungerkatastrophe eher als Soziozid – also nicht exklusiv gegen die ukrainische Nation, sondern vielmehr gegen das unabhängige Bauerntum gerichtet – zu qualifizieren.

Im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger stellte auch Viktor Janukowitsch dementsprechend am 27. April 2010 vor dem Europarat dieses Ereignis als Tragödie dar, die die Ukrainer mit zahlreichen anderen ethnischen Gruppen – auch den Russen – teilen würden, woraufhin auch der Europarat in einer entsprechenden Resolution der Parlamentarischen Versammlung die Anerkennung als Genozid am ukrainischen Volk verweigerte. In dieser erwartbaren Neubewertung des Holodomor könnte vor allem insofern ein Indiz für die »prorussische« Ausrichtung der neuen Regierung zu sehen sein, als eine eindeutige Schuldzuweisung eine Welle von Klagen und Entschädigungsforderungen ausgelöst hätte.

Zweiter Weltkrieg und Nationalbewegung

In Hinblick auf die Umdeutung des Zweiten Weltkriegs sowie der Aktivitäten der OUN und der UPA vollzieht sich die geschichtspolitische Kehrtwende am deutlichsten. Während sich die neue Regierung an der für die Sowjetperiode typischen Einseitigkeit der Verteufelung und Stigmatisierung dieser Organisationsstrukturen orientiert, neigte Juschtschenkos Politik zu einer Verharmlosung, Romantisierung und Idealisierung der 1929 gegründeten OUN und der seit 1941 bestehenden UPA. Um neue, möglichst »makellose« Helden zu schaffen, sind Aspekte der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht ebenso ausgeblendet worden wie Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und die Beteiligung an der Verfolgung von Juden. Diese Positionen Juschtschenkos als »prowestlich« einzustufen, wäre demnach verfehlt.

Außenpolitisch hat die Verleihung des Titels »Held der Ukraine« an Roman Schuchewitsch, den Kommandeur des der Wehrmacht 1941 kurzweilig unterstellten Bataillons »Nachtigall«, 2007 sowie die nur wenige Wochen vor Juschtschenkos Amtsniederlegung erfolgte Ehrung Stepan Banderas für enorme Verstimmungen gesorgt. Am 25. Februar 2010 hatte das Europäische Parlament in einer Resolution über die Situation in der Ukraine – unter maßgeblichem Einfluss polnischer Abgeordneter – ihr Bedauern über diese Entscheidung mitgeteilt und an deren Revision gar die Frage der europäischen Integrationstauglichkeit der Ukraine geknüpft. In einigen Regionen der Ostukraine sind die Bezeichnungen »Held der Ukraine« für Schuchewitsch und Bandera durch Gerichte bereits aberkannt worden. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung lehnt sich die neue Regierung demnach ganz deutlich wieder stärker an die Geschichtsinterpretation und Gedenktradition des »Großen Vaterländischen Krieges« an.

Sowjetperiode

In Erweiterung und Anknüpfung daran wird die Sowjetperiode auch insgesamt nicht mehr als eine Periode permanenter Unterdrückung von Ukrainern und ukrainischer Autonomiebestrebungen oder gar der »Fremdherrschaft« gekennzeichnet. Während der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos gab es die Tendenz, die Sowjetperiode vollständig von den Prozessen ukrainischer Staats- und Nationenbildung zu entkoppeln, wodurch unterschlagen wurde, dass auch die Ukrainer selbst einen nicht unerheblichen Beitrag zu Geschichte und Wesen der Sowjetunion geleistet hatten.

Unter dem neuen Präsidenten scheint sich nun eine Rückkehr zum »autoritären Eklektizismus« (Wilfried Jilge) der Kutschma-Periode zu vollziehen, in der wahllos und inkonsistent Elemente sowjetischer Historiografie mit nationalukrainischen Nuancen kombiniert wor-

den sind. So ist im Mai 2010 in Saporishshja mit Billigung des neuen Präsidenten Janukowitsch eine Büste zu Ehren Stalins eingeweiht worden, der weitere Denkmäler folgen sollen. Daraufhin brachte selbst Leonid Kutschma seine Empörung zum Ausdruck. Einige westliche Beobachter, so z. B. Alexander J. Motyl, sehen nach nur wenigen Monaten der Amtszeit Janukowitschs die Eigenstaatlichkeit der Ukraine elementar bedroht und gehen von unmittelbar bevorstehenden Repressalien aus, wobei Motyl bereits konkrete Personen und Strukturen nennt, die künftig mit erheblichen Problemen zu rechnen hätten.

Die neue alte Führung

Die Orange Revolution haben viele der nun erneut zu Regierungsämtern und anderen Führungspersonen gekommenen Politiker als illegitim, inszeniert oder nicht selten gar als persönliche Erniedrigung empfunden. Mit Genugtuung haben sie und die politische Elite Russlands das Scheitern der damaligen Protagonisten und die anhaltenden politischen Grabenkämpfe zwischen ihnen aufgenommen und geduldig ausgeharrt. Stellvertretend hierfür steht Boris Kolesnikow, der unmittelbar nach der Orangen Revolution für einige Monate inhaftiert worden war und in der Regierung Asarow zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten für die Vorbereitung der Fußball-Europameisterschaft 2012 ernannt wurde.

Die rätselhafte Rehabilitierung Serhij Kiwalows, der als ehemaliger Vorsitzender der Ukrainischen Wahlkommission maßgeblich für die Wahlfälschung 2004 verantwortlich gewesen ist, setzte bereits damit ein, dass er in der VI. Legislaturperiode (seit 2007) den Parlamentarischen Ausschuss für Rechtsstaatlichkeit führte und seit April 2010 als stellvertretendes Mitglied der Venedig-Kommission des Europarates angehört.

Die auch innerhalb der Partei der Regionen umstrittene Ernennung des als ukrainophob geltenden Historikers Dmitro Tabatschnik zum Minister für Bildung und Wissenschaft lässt auch in der Bildungspolitik eine umfassende Kehrtwende erwarten.

Die personelle Rotation geht mit einer dramatischen Umgestaltung von Regierungsinstitutionen einher. Das schon erwähnte Ukrainische Institut des Nationalen Gedenkens ist bereits personell neu besetzt worden, die Historikergruppe innerhalb des SBU steht vor ihrer Auflösung. Beratungsgremien wie das Nationale Komitee für Redefreiheit, das Nationale Zentrum für Euroatlantische Integration oder auch der von Juschtschenko mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung betraute Nationale Verfassungsrat wurden bereits aufgelöst.

Erste Zweifel am demokratischen Selbstbekenntnis der neuen Regierungsverantwortlichen kamen bereits während der Bildung der neuen Koalition der Partei der Regionen mit der Kommunistischen Partei und dem Block Wolodimir Litwins auf. Am 11. März 2010 kam diese erst zustande, nachdem 12 Abgeordnete, deren Parteien nicht den Regierungsfraktionen angehören, das politische Lager wechselten. Ein derartiger »politischer Tourismus« hat in der Ukraine eine lange Tradition, die sich bisher trotz entsprechender Verfassungsbestimmungen nicht unterbinden ließ. Verfassungsartikel 81, Absatz 6 sieht den Verlust des Abgeordnetenmandats für den Fall vor, dass ein Parlamentarier die Fraktion, über deren Parteiliste er ins Parlament gelangt ist, verlässt. Die unmittelbar im Zuge der Koalitionsbildung erwirkte Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung sowie ein entsprechendes Urteil des Verfassungsgerichts, wonach nun auch einzelnen Abgeordneten, und nicht nur Fraktionen politischer Parteien das Recht auf Koalitionsbildung zugebilligt wird, widersprechen somit diesem Verfassungsartikel.

Vor diesem Hintergrund fällt auch kein gutes Licht auf die Art und Weise der Formulierung und Ratifizierung des Charkiwer Gas- und Flottenvertrages vom 21. April 2010. Dieses Projekt scheint vor allem von russischer Seite vorangetrieben worden zu sein, da äußerst fragwürdig ist, wie lange die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse in der Ukraine derartige »Deals« noch zulassen. Das Abkommen stellt eine 30-prozentige Verringerung des Gaspreises für die Verlängerung der Stationierung der Schwarzmeerflotte in Sewastopol für weitere 25 Jahre bis 2042 in Aussicht. Neben dem Umstand, dass eine Vertragsverlängerung zunächst nur um weitere 5 Jahre hätte erfolgen dürfen und die Ratifizierung aufgrund eines beschlussunfähigen Quorums aus nur 211 Abgeordneten im Parlament verfassungswidrig war, verblüfft die Verknüpfung miteinander völlig widersinniger, nicht miteinander in Zusammenhang stehender Komponenten. Die scheinbaren Vorzüge dieser Arrangements können sich mittelfristig verheerend auf die Ukraine auswirken.

Ausblick

Auch wenn ausdrücklich darauf hingewiesen werden muss, dass die Dichotomie zwischen der »proeuropäischen« (demokratischen) Westukraine und der »prorussischen« (dem Autoritarismus zuneigenden) Ostukraine in vielerlei Hinsicht in die Irre führt, so haben die ersten Monate nach den Präsidentschaftswahlen 2010 und der neuen Regierungsbildung eben dieser Auffassung dennoch erneut Vorschub geleistet. Bestimmte Präferenzen

in den Deutungsmustern ukrainischer Geschichte und nationaler Identität lassen eine erstaunliche – wenn auch diffuse und ambivalente – Verknüpfung zu politischen Optionen und strategischen Entscheidungen erkennen.

Am Beispiel der Geschichts- und Identitätspolitik in der Ukraine zeigt sich zudem deutlich die Unmöglichkeit der gesamtnationalen Inklusion, ohne gleichzeitig einen beträchtlichen Bevölkerungsanteil zu verstoßen. Diese Erfahrung muss nach Viktor Juschtschenko nun auch sein Amtsnachfolger Viktor Janukowitsch machen, der sich allerdings auch nicht um einen ausgewogenen Kurs bemüht. Auch wenn aus rein pragmatischem Eigeninteresse keine unmittelbare Bedrohung für die Staatlichkeit der Ukraine bestehen mag, so sehen sich der amtierende Präsident und die Regierung auch ohne eine politisch handlungsfähige Opposition aufgrund ihrer umstrittenen Entscheidungen bereits jetzt innen- wie außenpolitisch enormem Druck ausgesetzt. Mit der sich gegenwärtig vollziehenden Reautoritarisierung in Politik und Gesellschaft wird dem nicht dauerhaft beizukommen sein.

Über den Autor:
Dr. Ingmar Bredies ist am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft (Mittel- und Osteuropa) der Universität Regensburg tätig und forscht gegenwärtig zur Verfassungspolitik in postkommunistischen Autoritarismen Osteuropas.

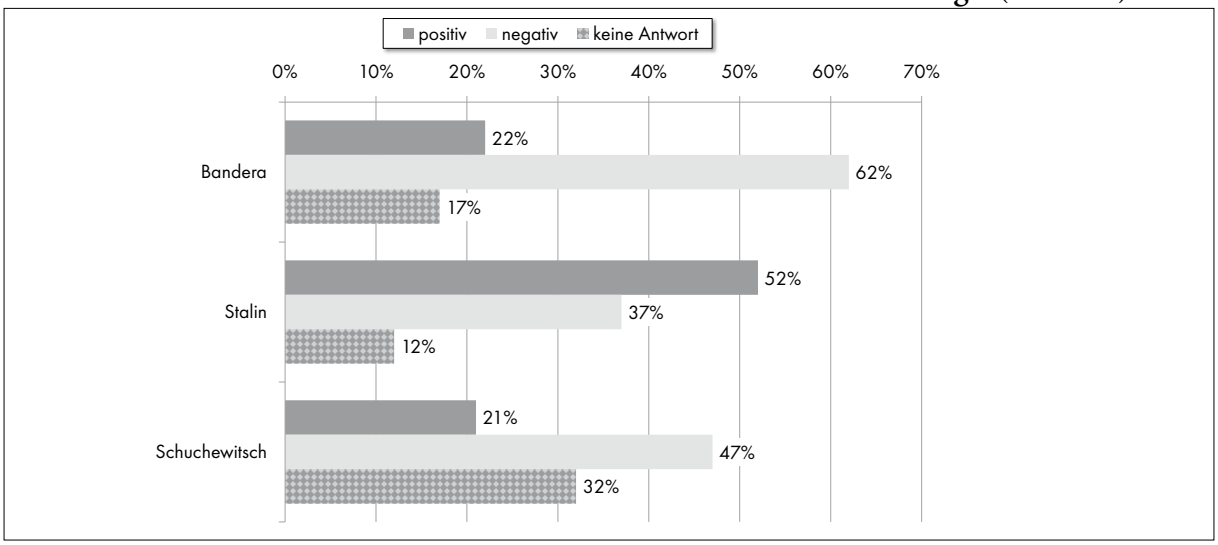
Lesetipps:

- International Renaissance Foundation/ Stefan Batory Foundation (2010): Beyond Colours: Assets and Liabilities of 'Post-Orange' Ukraine. Kyiv/ Warsaw. http://www.irf.ua/files/ukr/beyond%20colours.pdf
- Jilge, Wilfried (2007): Geschichtspolitik in der Ukraine, in: APuZ 8–9, S. 24–30.
- Jilge, Wilfried (2008): Nationalukrainischer Befreiungskampf: Die Umwertung des Zweiten Weltkrieges in der Ukraine, in: Osteuropa 58:6, S. 167–186.
- Marples, David R. (2007): Heroes and Villains: Creating National History in Contemporary Ukraine. Budapest/ New York: Central European University Press.

Umfragen zum Text

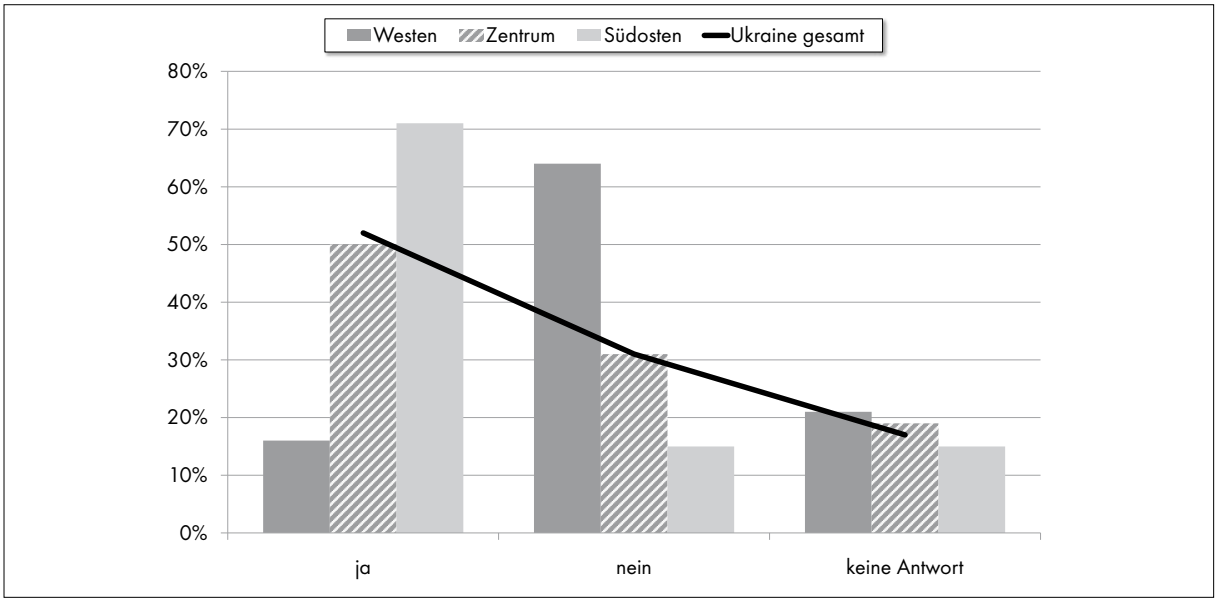
Umgang mit der Geschichte und regionale Spannungen

Wie bewerten Sie diese historischen Persönlichkeiten des Zweiten Weltkriegs? (Auswahl)



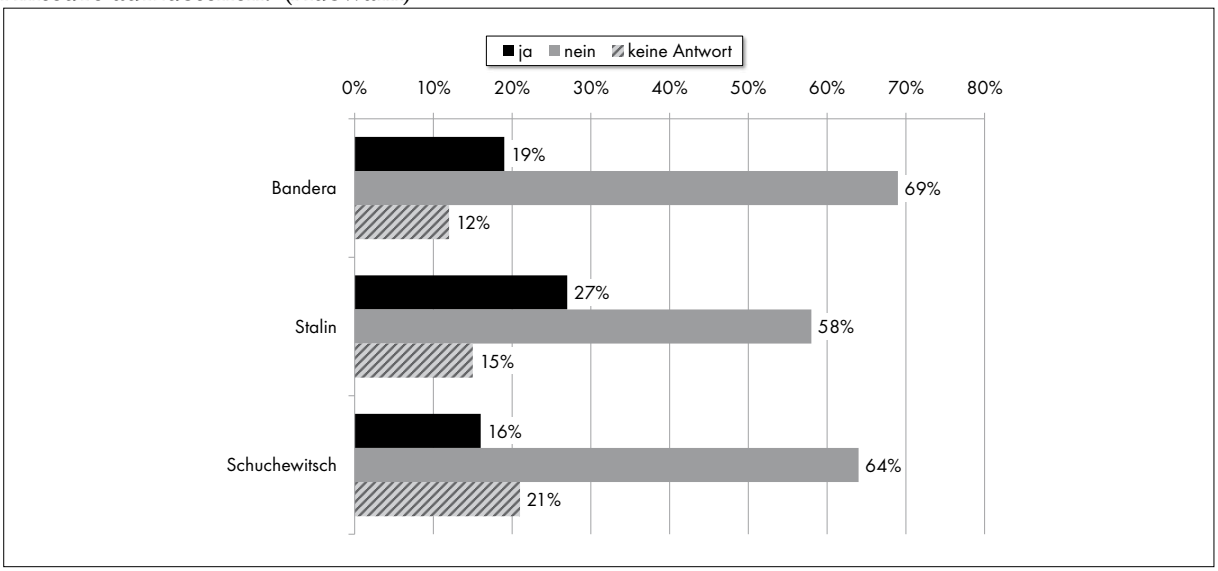
Quelle: repräsentative Umfrage der Research & Branding Group vom 13. bis 22 April 2010, http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6355.html

Unterstützen Sie die Initiative zur Rücknahme der an Bandera und Schuchewitsch verliehenen Heldentitel?



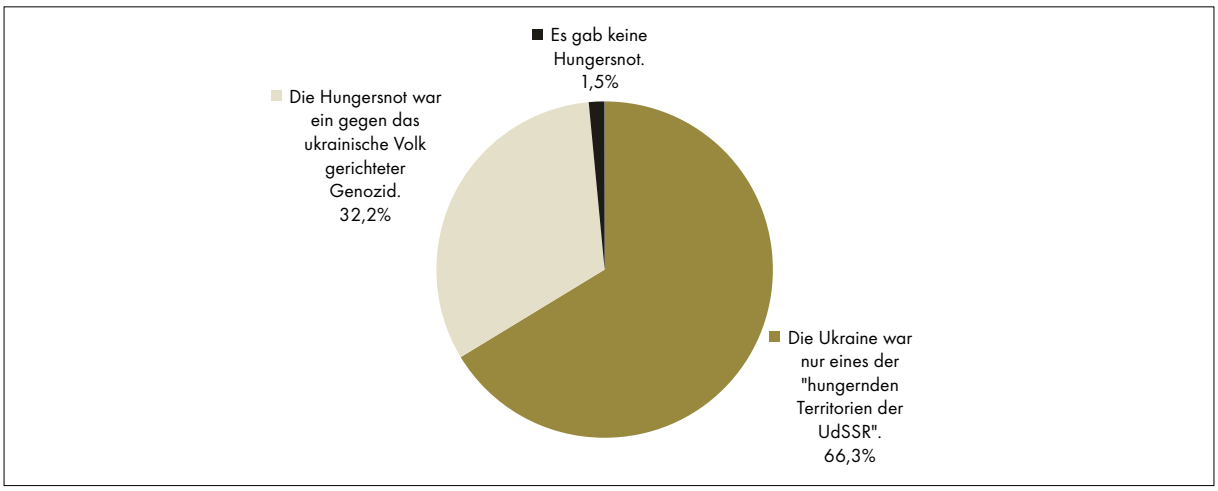
	Westen	Zentrum	Südosten	Ukraine gesamt
ja	16 %	50 %	71 %	52 %
nein	64 %	31 %	15 %	31 %
keine Antwort	21 %	19 %	15 %	17 %

Unterstützen Sie die Idee, in Kiew und anderen ukrainischen Städten Denkmäler für folgende Akteure aufzustellen? (Auswahl)



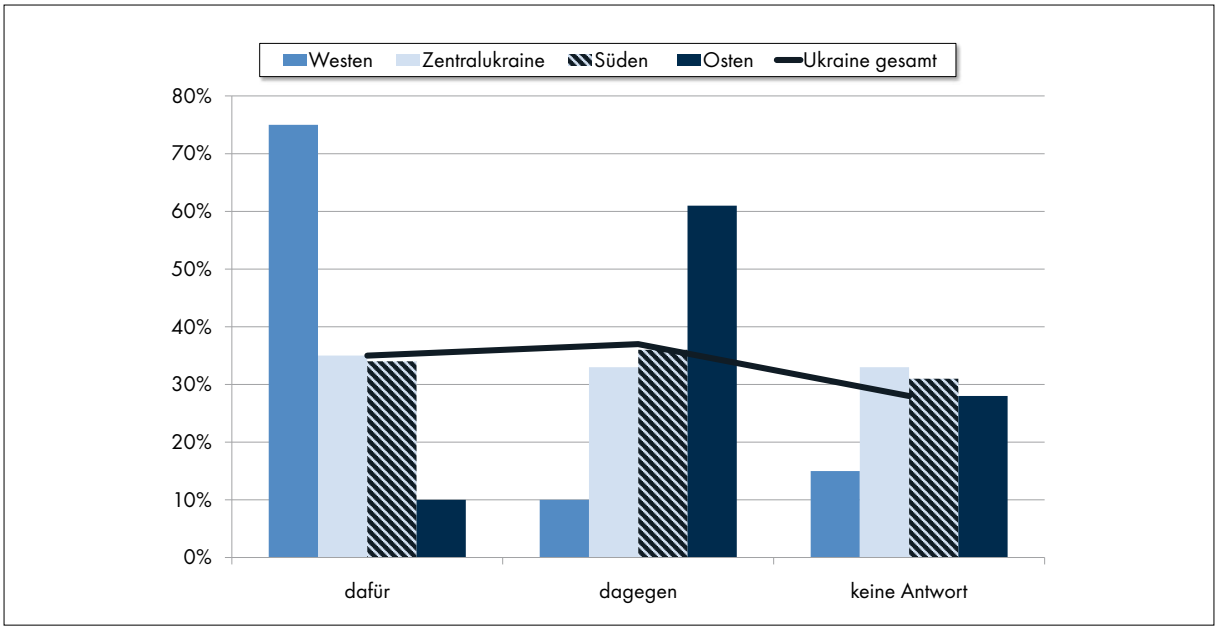
Quelle: repräsentative Umfrage der Research & Branding Group vom 13. bis 22 April 2010, http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6355.html

Wie schätzen Sie die Hungersnot von 1923/33 ein?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 25. und 26. November 2009, http://www.kipu.org.ua/Koment/2009.11/k_27_11.html

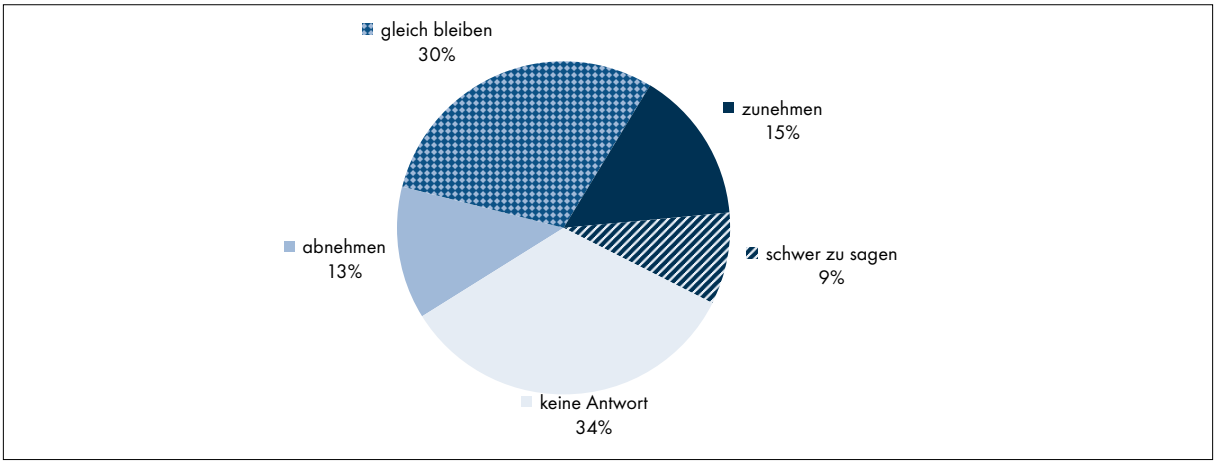
Im März haben eine Reihe gesellschaftlicher Organisationen und Parteien Aktionen für die Absetzung Dmitro Tabatschniks als Bildungsminister durchgeführt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass er in dieser Situation sein Amt niederlegt?



	Ukraine gesamt	Westen	Zentralukraine	Süden	Osten
dafür	35 %	75 %	35 %	34 %	10 %
dagegen	37 %	10 %	33 %	36 %	61 %
keine Antwort	28 %	15 %	33 %	31 %	28 %

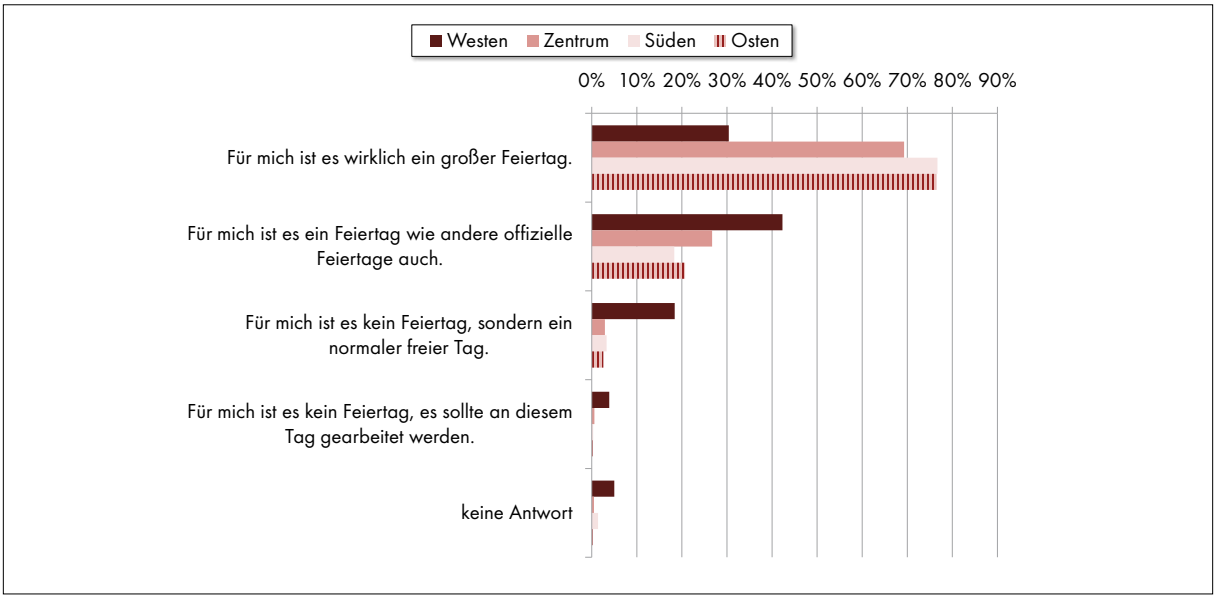
Quelle: repräsentative Umfrage des FOM-Ukraina vom 12. bis 20. April 2010, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du100430

Was denken Sie, werden die Unstimmigkeiten zwischen den westlichen und östlichen Regionen der Ukraine in den nächsten ein, zwei Jahren zunehmen, abnehmen oder gleich bleiben?



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM-Ukraina vom 12. bis 20. April 2010, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du100430

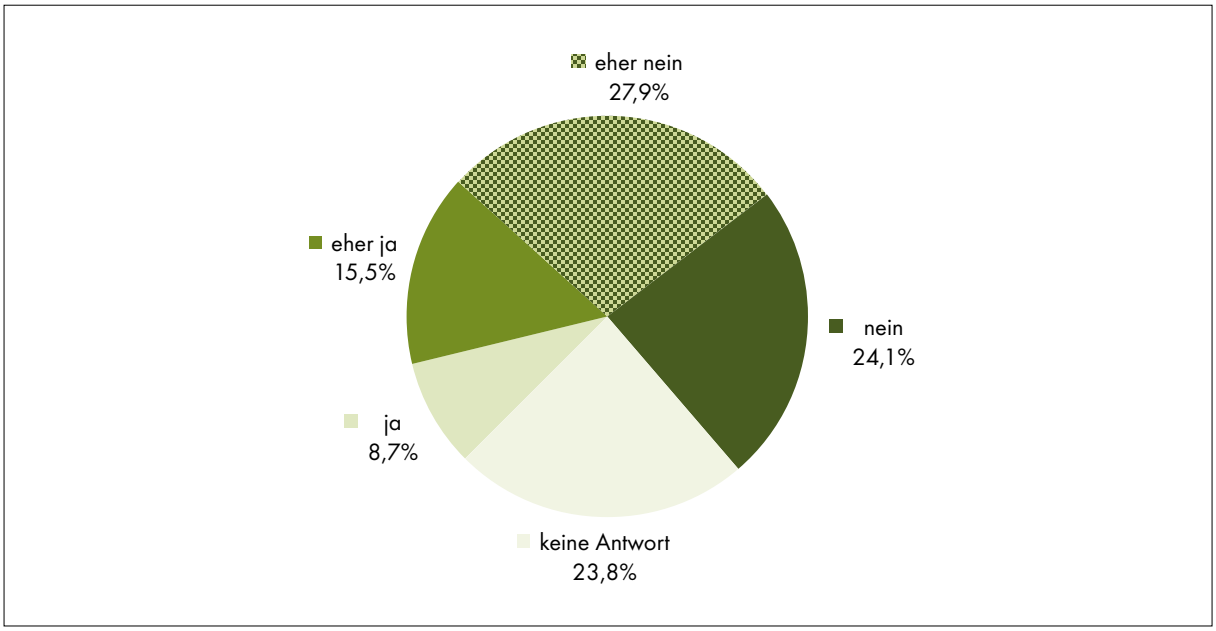
Wie ist Ihre Einstellung zum Tag des Sieges?



	Westen	Zentrum	Süden	Osten
Für mich ist es wirklich ein großer Feiertag.	30,4 %	69,3 %	76,7 %	76,5 %
Für mich ist es ein Feiertag wie andere offizielle Feiertage auch.	42,3 %	26,7 %	18,3 %	20,7 %
Für mich ist es kein Feiertag, sondern ein normaler freier Tag.	18,4 %	2,9 %	3,3 %	2,6 %
Für mich ist es kein Feiertag, es sollte an diesem Tag gearbeitet werden.	3,9 %	0,6 %	0,3 %	0,2 %
keine Antwort	5,0 %	0,5 %	1,4 %	0,2 %

Anmerkung: Der 9. Mai ist in der Ukraine ein gesetzlicher Feiertag und erinnert an den Sieg der Sowjetunion über Nazi-Deutschland.
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 17. April 2010, http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=80

Was glauben Sie, werden in den Schulen und Universitäten die historischen Fakten zum Großen Vaterländischen Krieg richtig unterrichtet?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 3. bis 5. Mai 2010,
http://www.kipu.com.ua/Komment/2010.05/k_06_05.html

Chronik

Vom 12. bis zum 25. Mai 2010

12.5.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft nimmt ein Korruptionsverfahren aus dem Jahr 2003 gegen die Führerin des gleichnamigen Blocks Julia Timoschenko wieder auf. Die Angeklagte erklärt, Präsident Viktor Janukowitsch persönlich habe den Auftrag gegeben, Fakten zu suchen, die zu einer Verurteilung führen.
14.5.2010	Olexandr Feldman vom Block Timoschenko wechselt in die Regierungskoalition, die nun aus 248 von 450 Abgeordneten besteht.
14.5.2010	Die Abgeordneten verabschieden den Haushalt des Parlaments für das laufende Jahr mit 238 von 450 Stimmen. Die Opposition kritisiert, dass das Budget dem Parlament nicht vorgestellt worden sei.
14.5.2010	Die Kiewer Staatsanwaltschaft bittet das Parlament den Abgeordneten Andrij Parubij und Jurij Grimtschak von Unsere Ukraine die Immunität zu entziehen und sie gerichtlich zur Verantwortung ziehen zu dürfen. Sie sollen auf der Parlamentssitzung zum Gas-Flotten-Vertrag am 27. April gesetzwidrig Einfluss auf verschiedene Parlamentarier und Parlamentspräsident Wolodimir Litwin genommen haben. Vier Tage später wird die Schwester des einen Angeklagten, Jelena Parubij, wegen Korruption verhaftet, was ihr Bruder als politische Repression bezeichnet.
17.5.2010	Der Präsident Russlands Dmitrij Medwedjew besucht seinen Amtskollegen Viktor Janukowitsch in Kiew und zündet eine Kerze am Denkmal für die Opfer der Hungerkatastrophe von 1932/33 an. Im weiteren Verlauf wird die neue Partnerschaft zwischen den beiden Ländern gelobt und eine massive Steigerung des Handels zum Ziel erklärt. Darüber hinaus lädt Medwedjew die Ukraine zum Eintritt in die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit ein. Die von ihm vorgeschlagene Fusion von Gazprom und Naftohaz wird nicht besiegelt.
17.5.2010	Die Regierung beauftragt die amerikanische Anwaltskanzlei Trout Cacheris, PLLC mit der Überprüfung der Regierung Timoschenko. Ministerpräsident Mikola Asarow schätzt, dass dem Staat unter dieser Regierung ein Schaden von 12,4 Mrd. US-Dollar entstanden ist. Die Opposition geht davon aus, dass die Kanzlei nicht objektiv urteilen wird.
18.5.2010	Das Europäische Parlament sagt der Ukraine einen Kredit in Höhe von 500 Mio. Euro zu, der zur Überwindung der Finanzkrise beitragen soll. Er werde in zwei Tranchen ausgezahlt und Bedingung sei die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit der Ukraine mit dem IWF.
18.5.2010	Das Parlament stimmt mit 394 Stimmen für die Zulassung ausländischer Militäreinheiten zu internationalen Militärmanövern in der Ukraine.
20.5.2010	Die Leiterin des Rechnungshofes Valentina Simonenko bemängelt die gesetzwidrige Verwendung von 80 % des Reservefonds durch die Regierung Timoschenko im Jahre 2009. Julia Timoschenko weist die Vorwürfe zurück und nennt Simonenko eine Marionette des Präsidenten Viktor Janukowitsch.
20.5.2010	Das Parlament stimmt mit 247 von 450 Stimmen für das staatliche Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Ukraine 2010. Die meisten Abgeordneten von Unsere Ukraine und Block Timoschenko verlassen den Saal vor der Abstimmung, da ihre Änderungsvorschläge keine Berücksichtigung gefunden hätten.
25.5.2010	Präsident Viktor Janukowitsch erklärt, dass die Regional- und Kommunalwahlen noch in diesem Jahr, vorzugsweise im Herbst, stattfinden sollen, und zwar nach dem Mehrheitswahlsystem. Eine Woche zuvor hatte Parlamentspräsident Wolodimir Litwin in einem Interview eine Ansetzung der Wahlen für März 2011 als wahrscheinlich erklärt. Im Februar 2010 hatte das Parlament die Kommunalwahlen auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.
Abonnement unter: http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php

Russland-Analysen

Die Russland–Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.
Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.
Abonnement unter: http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.
Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.
Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de